

Bilanz meiner Prognosen

Anmerkung:

Bei jeder Prognose ist zuerst das Datum ihrer Veröffentlichung angegeben und anschließend in Anführungsstrichen, ihr Wortlaut wiedergegeben. Gelegentlich folgt ein Hinweis darauf, wann die Fachpublizistik das prognostizierte Phänomen registriert hat.

Mai 1985: Sowjetische Reformen

„Die Reformen Gorbatschows werden zum Untergang der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa führen.“

März 1993: Russland wird seine Strategie der Verwestlichung aufgeben.

„Russland wird die Strategie der aufholenden Verwestlichung aufgeben. Auf seine traditionellen Wirtschaftszweige gestützt, wird sich das Land organischer entwickeln, bleibt aber insgesamt zurück. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte bleiben die Rohstoff- und Schwerindustrie, Rüstung und Landwirtschaft. Die staatliche Macht wird weiter konsolidiert, die militärische Macht modernisiert und privilegierte Partnerschaften mit USA und Deutschland gepflegt.“

19.1.2002: Deutsche nationale Interessen und östliche Orientierung

„Schon heute steht fest, dass sich der Schwerpunkt der erweiterten EU nach Osten verschieben wird. Deutschland wird nicht nur ökonomisch, sondern auch geopolitisch noch eindeutiger als jetzt das Zentrum Europas werden. Die Staaten Mittel- und Osteuropas sind traditionell vor allem auf Deutschland orientiert. Wirtschaftlich, kulturell und politisch erschließt sich damit für Deutschland ein interessanter Manövrierraum in östlicher Richtung.

Deutschland wird sich in Zukunft fast mit einer physikalischen Zwangsläufigkeit auf die Nutzung der östlichen Potentiale orientieren müssen. Allerdings ist Ostmitteleuropa zu klein, und die deutsche Orientierung auf die wirtschaftliche „Modernisierung“ Russlands wäre ökonomisch logisch und deshalb auch politisch vorstellbar. Russland braucht hilfsbereite und verständnisvolle Freunde im Westen. Helfen kann Russland lediglich ein starker Partner, der aber nicht USA heißen darf.

Die Perspektive der deutschen ostwärts gerichteten Außenpolitik wird sich auch nicht nur auf Russland konzentrieren, sondern zunehmend und zeitweilig vielleicht sogar vorrangig auf Zentralasien richten. In Zentralasien existiert Nachfrage nach und Geld für Produktionsgüter; dort gibt es Modernisierungsbedarf und Öl- und Gasvorkommen. Objektiv gesehen liegt diese Region nach 100 Jahren wieder im Blick der deutschen Außenpolitik.“

4. 2. 2002: Krise der Eurozone

„ Die ökonomisch rückständigen Mitglieder der Währungsunion werden in Zukunft weder die teuren und schlechteren Güter noch ihre billigen Arbeitskräfte exportieren können; sie werden folglich versuchen, sich aus der Zwangsjacke des Euro durch die Forderung nach zusätzlichen Finanzhilfen und/oder durch die Verletzung der Maastrichter-Verschuldungskriterien zu befreien. Mit Hilfe und im Namen der gemeinsamen Währung übertragen sie die Verantwortung und Last der eigenen wirtschaftlichen Probleme auf die reicheren Mitglieder der Währungsunion. (...) Die Chancen, dass sich diese Währung langfristig durchsetzt, stehen fünfzig zu fünfzig.

Die Einführung der gemeinsamen Währung ist dazu geeignet, genau die nationalistischen Stimmungen hervorzurufen, die die Väter der europäischen Einheit ein für allemal ausschließen wollten.“

30. 4. 2002: Bedeutung der Nationalstaaten nimmt nicht ab, sondern zu.

„Die politischen Eliten in den hoch entwickelten Ländern favorisieren die nationale Kontrolle ihrer Volkswirtschaft, weil diese als eine Wohlstandsmaschine für die Stabilität des Landes und somit für die Machterhaltung der politischen Eliten unverzichtbar ist. Externe Einflussnahme (z.B. durch die EU-Kommission) oder sogar externe Kontrolle (z. B. infolge von Übernahmen wichtiger inländischer Unternehmen durch ausländische Investoren) sind unerwünscht, weil sie mit destabilisierenden Folgen für den Arbeitsmarkt und folglich auch für die Politik verbunden sind.

Es scheint, dass die Reaktion der einfachen Bürger auf die universale modernistische Kultur in der Suche nach der eigenen Identität als Nation besteht. Die Erfolge von Politikern wie Haider oder Le Pen bezeugen dies. Die weltweite Vereinheitlichung der sog. Globalisierung fordert die Staaten in ihrem Überlebenswillen heraus, verschärft den Wettbewerbscharakter ihrer Beziehungen und aktualisiert die Machtfrage.“

Die wirtschaftliche Fachpublizistik hat dies erst viel später erkannt:

„Keine Frage: In der Wirtschaftspolitik ist die Nation auf dem Vormarsch. Dadurch wird ein Grundpfeiler der Europäischen Union erschüttert. Die Errichtung eines gemeinsamen Marktes mit dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und eben auch von Kapital ist eines der wichtigsten Ziele der Gemeinschaft.“ Financial Times Deutschland vom 28.2.2006

14.11.2003: Bei einer Diskussion mit Wolfgang Schäuble in der Redaktion „Die Zeit“ habe ich folgendes Entwicklungsszenario für die EU aufgestellt:

- „1. Europa verliert seine Konturen am westlichen Rand, indem Spanien den Fokus seiner Außenpolitik, an der Seite der USA auf Südamerika richtet und Großbritannien seine Distanz zur EU nicht aufgibt.
2. Die EU wird u.a. auch durch die Osterweiterung gelockert, wenn nicht verwässert und kaum handlungsfähig.
3. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird nur in Institutionen aber nicht in wirklichen Handlungsoptionen und Machtprojektionen existieren.
4. Die Bilateralität und zeitweilige Koalitionen ersetzen eine aus Brüssel gesteuerte multilaterale Politik.
5. Das faktische Machtzentrum Europas verschiebt sich östlich und in der Richtung liegt nur eine Hauptstadt, nämlich Berlin.
6. Deutschland nutzt die Chance der Osterweiterung und arbeitet eng mit Rußland zusammen.
7. Frankreich kompensiert seine Großmachtträume mit verstärktem Engagement in Afrika?
8. Werden wir in zehn Jahren noch den Euro haben?“

Mai 2004: Prognose zur weiteren Entwicklung der EU

„Die Situation der EU nach der Erweiterung ist durch folgende Tatsachen geprägt:

1. Die EU ist entscheidungs- und handlungsunfähig
 - I. Wegen der Größe
 - II. Wegen einer Tatsache, dass die Mitglieder gleiche Ziele des Wohlstandes und der Sicherheit haben. Diese Ziele können sie aber nicht im Bündnis erreichen, weil die Staaten unterschiedliche Ausgangspositionen haben.
2. Die politische Einigung über gemeinsame Beschlüsse findet nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner statt. Eine angepasste, maßgeschneiderte und schnelle agierende Politik ist nicht möglich.
3. Wenn alle Mitglieder der EU geworden sind, verliert die Mitgliedschaft ihren Sinn. Die EU verliert mit der zunehmenden Größe an Konsistenz, Verbindlichkeit und Handlungsfähigkeit.“

Februar 2008: Christian Wulff wird Bundeskanzler – eine falsche Prognose?

Im Februar 2008 habe ich für eine tschechische Zeitschrift einen Artikel mit dem Titel „Der nächste deutsche Kanzler“ geschrieben. Ich stellte darin Christian Wulff vor. Eine falsche Prognose? Die Kanzlerin Angela Merkel war offensichtlich der gleichen Meinung wie ich und hat Christian Wulff am 30. 6. 2010 in Alleingang zum Bundespräsidenten wählen lassen. Christian Wulff trat im Gegensatz zu Friedrich Merz und Roland Koch nie kritisch gegen sie auf und war deshalb als abwartende Nachfolger um so gefährlicher.

Angela Merkel wird damit zwar ihren politischen Niedergang nicht abwenden können, verhinderte aber einen Schlag sowohl einen äußerst kompetenten Bundeskanzler als auch einen optimalen Bundespräsidenten Joachim Gauck.

Juni 2008 Der Vorteil der autoritären Marktwirtschaften gegenüber den demokratischen Marktwirtschaften

„Der Systemwettbewerb geht zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges weiter. Es handelt sich aber nicht mehr um die Ideologie und (vorläufig?) auch nicht um die militärische Stärke. Die gegenwärtige Erscheinungsform des Systemwettbewerbs ist die Konkurrenz zwischen demokratischen und undemokratischen Marktwirtschaften.

(....)

Der Westen erreichte vor zwanzig Jahren nur einen halben Sieg und die demokratischen politischen Konzepte, wie Menschenrechte, geheime Wahlen, Pressefreiheit u. a. konnten sich kaum durchsetzen. Ganz im Gegenteil. Die westlichen wirtschaftlichen Konzepte entfalten in den autoritären Staaten gerade deshalb so hohe Effizienz, weil ihre Umsetzung nicht durch die demokratischen Freiheiten „gestört“ wird.

(...)

Die autoritäre Regierungsform ermöglicht eindeutige Zielbestimmung, schnelle Entscheidungen, zielgerichtetes Handeln und Missachtung der eigenen und fremden öffentlichen Meinung. Alles deutet darauf hin, dass die Demokratien in friedlichem Wettbewerb mit autoritären Gesellschaften

nicht bestehen können. Es kann sein, dass die autoritären Regime an die Herausforderungen der Gegenwart besser angepasst sind.“ (in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. August 2008. Der Artikel ist auf meiner Website www.robejsek.com unter Publikationen/Artikel abrufbar.

Die Fachpublizistik hat diese Tatbestände deutlich später erkannt:

Am 14. Juni 2010 schrieb David Brooks in New York Times folgende Zeilen: Many scholars have begun to analyze state capitalism. One of the clearest and most comprehensive treatments is is “The End of the Free Market” by Ian Bremmer.

Bremmer points out that under state capitalism, authoritarian governments use markets “to create wealth that can be directed as political officials see fit.” The ultimate motive, he continues, “is not economic (maximizing growth) but political (maximizing the state’s power and the leadership’s chances of survival).” Under state capitalism, market enterprises exist to earn money to finance the ruling class. (David Brooks in New York Times vom 14. Juni 2010)

7.10.2009 Nur begrenzte Bedeutung des Lissabon-Vertrages

„Der Lissabon Vertrag wird weder zum Orwellschen Superstaat noch zu den Vereinigten Staaten von Europa führen. Künftige Historiker werden ihn in die Reihe der Ereignisse einordnen, die die Restaurierung der klassischen europäischen machtpolitischen Architektur begleitet haben. Im Zentrum (geographisch und machtpolitisch) Deutschland, im Osten das sich einmischende Russland, im Westen Frankreich (schwankend zwischen Konkurrenz und Kooperation mit Deutschland). Hinter dem Kanal entfremdetes Großbritannien und hinter dem Ozean (vielleicht nur zeitweilig) zuschauende Vereinigte Staaten.“

Bestätigung dieser Prognose stellte sich unmittelbar nach dem Ausbruch der Griechenland-Krise. Danach wurde der Lissabon-Vertrag von Politikern und Analytikern als unzureichend und korrekturbedürftig bezeichnet.

Laufende und zum Teil erfüllte Prognosen

27.12.2004 China wird nicht der Welthegemon

„Die westlichen Staaten sollten sich langsam auf die Zeit nach dem China-Boom einstellen. China trägt zwar massiv zur Weltkonjunktur bei, die Kosten sind seit Jahren zu hoch. Der Energieverbrauch steigt jährlich um sechs Prozent an, die Energieeffizienz ist aber sehr niedrig. Neben gravierenden ökologischen Schäden gibt es auch die ersten politischen Unruhen. Niedergang und Chaos gehören zur chinesischen Geschichte genauso untrennbar wie triumphale Epochen. Es kommt entscheidend auf die Umstände der Landung der chinesischen Wirtschaft an.“

Mai 2006: Beendigung der Globalisierung durch Fragmentierung

„Die westlichen Staaten können und wollen zwar die internationalisierte Marktwirtschaft nicht verbieten, müssen sie aber aus Selbsterhaltungsinteresse einschränken. Der Antriebsmotor der Globalisierung ist die Suche nach den weltweit niedrigsten Produktionskosten. Und dadurch stellt die Globalisierung dem Kapitalismus das Bein. Damit aus der Krise nicht ein Ende, wie vor ein hundert Jahren wird, muss das weltweit vagabundierende, überschüssige und die höchste Verzinsung suchende Kapital ausgebremst werden.“

Die nationalen Regierungen versuchen die eigene Wirtschaft durch die Trennung der Märkte dem Einfluss der internationalisierten Ökonomie zu entziehen. Sie benutzen dazu Zollpolitik, technische Barrieren und stützen auf vielfältige Art und Weise eigene Produzenten. Ferner unterstützen die Nationalstaaten die Expansion der einheimischen Firmen auf anderen Märkten und behindern zugleich den Einstieg der ausländischen Investoren auf den heimischen Markt. Für die Staaten ist es eine Frage der nationalen Sicherheit, die strategischen Bereiche der eigenen Volkswirtschaft zu beeinflussen, wenn nicht gar zu kontrollieren. Die Definition des „Strategischen“ wird nicht von den Ökonomen, sondern von den Wirtschaftspolitikern formuliert; der Energiesektor gehört dazu auf jeden Fall.

Es ist aber zu erwarten, dass die Staaten mit den Eingriffen in die wirtschaftlichen Strukturen nicht bei dem Energiesektor aufhören. Sie werden sich sehr wahrscheinlich auch auf den wichtigsten Rohstoff des Kapitalismus, nämlich Geld konzentrieren. Nicht nur der Energiepreis, sondern auch der in Geldpreis (Zinssatz) und Geldfluss berühren in der Ära der Globalisierung direkt die nationale Sicherheit. Die führenden Politiker westlicher Staaten würden es zwar entschieden zurückweisen, aber es scheint mir sicher zu sein, dass in den Planungsstäben der Regierungen intensiv und sehr

konkret darüber nachgedacht wird, wie man die Kapitalbewegungen besser kontrollieren kann. Der ungebremste Strom des Kapitals (zur höchsten Verzinsung abfließend) reißt immer mehr Arbeitsplätze mit sich. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann und wie radikal die Regierungen versuchen, den freien Kapitalverkehr einzuschränken oder zumindest abzubremesen. Drehen an der Börsenumsatz- oder einer Variante der Tobin-Steuer, Beschränkung der Aktionärsstimmrechte u. a. wird kommen.“

April 2009: Unzureichende Handlungsfähigkeit von G-20 bei der Regulierung der Finanzmärkte

„Wenn wir uns eines Tages, auf diese Krise zurückblickend, fragen werden, welche Maßnahmen gegen ihre Wiederholung wirklich umgesetzt wurden, stellen wir fest, dass es die Eingriffe der einzelnen Staaten gewesen sind. Dort ist die Entfernung zwischen den Kontrolleuren und den Kontrollierten geringer, der Zugriff direkter und die Notwendigkeit umständlicher und kompromisshafter globaler Koordinierung entfällt beinahe völlig.

Aber die Probleme sind doch global und bedürfen deshalb globaler Lösungen, lautet der sofortige Einwand. Ja, aber was nützt uns diese Erkenntnis, wenn die Politik nur auf der nationalen Ebene in der Lage ist, schnell und entschlossen genug zu agieren? Die Gipfelrhetorik ist global geworden, die Handlungsfähigkeit bleibt aber lokal.“